

Dresdner Volkszeitung

Redaktion: Leipzig.
G. & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bonfondo:
Gehr. Arnhold, Dresden.

Kommunikationspreis mit der üblichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, einstelliger Bringerlohn monatlich 180 M. Durch die Post bezogen monatlich 400 M. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 100 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur nachmals von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Beschäftigungszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Tagespresse bei 45 Pl. berücksichtigt, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Beleihungen. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr schriftlich in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 11.

Dresden, Montag den 14. Januar 1918.

29. Jahrg.

Bewegte Beratungen in Brest-Litowst.

Verhandlungen beim Kaiser. — Neue alldeutsche Hezereien. — Uneinigkeiten in der Entente.

Was geht vor?

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest-Litowst brachte nach erregten Auseinandersetzungen eine gewisse Ruhe. Es mußte abgewartet werden, ob es dem Staatssekretär v. Kühlmann gelingen werde, nunmehr die Verhandlungen mit den russischen Vertretern erfolgreich fortzuführen. Daß die aldeutsche Räumung verhinderte die übliche Aggressivität ihrer Angriffe und stellte Herrn v. Kühlmann das aus, daß er mit mehr Gütekundheit den deutschen Standpunkt wahrte. Umgekehrt war die Sozialdemokratie zuerst in der Lage, eine abwartende Haltung einzunehmen. Die sozialdemokratische Reichstagabteilung stellte in einer Resolution der Reichstagabteilung vom 19. Juli 1917 Nichtstun für die Lösung der Übungen auf, durch die vor allem die völlig logale Durchführung des Selbstbestimmungsregels der Handvölker und die Ablehnung der Vergewaltigungspläne nochmals festgelegt wurden.

Nach kurzer Frist der Entspannung scheint die politische Stille von neuem aufzubrechen, und zwar in großer Gestigkeit und voll schwerer Entscheidungen. Hindenburg und Ludendorff, ferner der Kronprinz sind nach Berlin berufen worden zu Unterredungen mit dem Kaiser und Reichskanzler. Nach einer Meldung der Deutschen Zeitung ist auch der Staatssekretär v. Kühlmann aus Brest-Litowst in Berlin eingetroffen. Es haben am Sonntag wichtige Verhandlungen stattgefunden. Am heutigen Tage soll eine größere Sitzung unter Leitung des Kaisers, eine Art Konzil, stattfinden in der sehr bedeutsame neue Entscheidungen fallen sollen.

Die Deutsche Zeitung redet von Gerüchten über „die letzte Räumung“ Kühlmanns und die konservativ-liberalen Blätter haben erneut ihre Angriffe gegen den verhassten Kühlmann aufgenommen. Das genannte sehr leidenschaftliche Blatt betreibt jetzt auch im Bilde eine Agitation gegen den ersten Friedensbevollmächtigten der Reichsregierung, wie sie so sogenannt selbst von dieser Seite noch nicht bekannt ist. In dem illustrierten Beiblatt der Deutschen Zeitung erscheint auf dem Titelbild Bismarck als feinerster Gast, der in Brest-Litowst die Kühlmänner angeworfen unter die Tische schleudert. Andererseits desselben Blattes werden „Zeitgenossen“ vorgeführt: in der Mitte „unter Hindenburg“ soll ehemalig neben ihm hier Kühlmann, dort Egernius, als gefährliche Römerlein einverändert. So arbeiten auf beiden Seiten Deutschen und zentralistischen Monarchen an der Festigung der Autorität des Kaisers für die Friedensverhandlungen bestimmt. Staatsmannes.

Doch diese aldeutschen Nebenergebnisse des inneren Krieges mögen auf sich beruhen. Politisch bedeutsam ist vielleicht entscheidend ist die Frage, welche Ratschläge von den beiden Heerführern dem Kaiser erteilt werden, und ob sich der Reichskanzler zu diesen Ratschlägen stellen will. Der einzige Frist gemildert erscheinene Konflikt Hindendorf-Kühlmann tritt von neuem hervor und scheint zur Räumung zu drängen. Es handelt sich dabei zunächst um die Regelung der östlichen Fragen. Es ist aber möglich, daß die letzten Reden von Lloyd George und Wilson auch schon die westlichen Fragen der Streit der Aufsichten zur Entscheidung treibt.

Geradezu fiktional sind die Mitteilungen, die das Tageblatt über eine „neue Wendung in der polnischen Frage“ macht. Das Blatt schreibt:

Man hat offenbar, wenigstens in Berlin, die austro-ungarische Lösung aufgegeben. Dabei scheinen nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche Gründe mitgespielt zu haben. Militärische Insofern, als man sich in Litauen jene sowjetischen Sicherungen schaffen will, wirtschaftliche, indem man eine Angleichung des industriell wertvollen Bezirks Polens an Preußen eintritt. In Betracht kommen dabei die polnischen Städte Thorn, Tilsit, Königsberg, Danzig und Elbing. Wenigstens sind diese Städte, die einen ganz beträchtlichen Teil des preußischen Auslandes ausmachen, in einer zweiten vertraglichen Denkschrift der Oppelner Handelskammer als unmittelbar notwendig für das überwiegende Wirtschaftsgebiet bezeichnet worden. Dieses Oppelner Gutachten ist Gegenstand lebhafter Debatten in den lehenden Regierungsstellen geworden. Eine Regionalisation Polens mit Österreich-Ungarn dürfte also — nach der neuen Wendung der Dinge — erstaunlich nicht mehr in Erwägung gezogen werden. Dies dürfte auch auf die Wahl des polnischen Königs nicht ohne Einfluß bleiben.

Sollten sich diese Mitteilungen bewahrheiten, so böte sich ein wahrscheinliches Schauspiel. Seit Jahresfrist konnte die Reichsleitung ihre Kriegsziele überlegen und seit vier Wochen finden Verhandlungen mit den Russen in Brest-Litowst statt. Man sollte meinen, daß völlige Neutralität über das zu erreichende Ziel längst erreicht sein müßt. Da plötzlich soll alles wieder erreicht wieder in Frage gestellt werden, ein ganz anderer Plan wird in den Vordergrund gehoben, ein

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.
(W. T. B.) Amlich. Großes Hauptquartier, den
14. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz; Rapprecht:

Die Feuerkraftsfestigkeit blieb gegenüber nicht auf Störungseifer beschränkt. Im einzelnen Abmünden, während des Feindes vor sie am Abend geschlagen.

Ausfließungsabteilungen brauchten südlich von Armentières und nördlich von La Bassière in die englischen Reihen und machen Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

und

Herzog Albrecht.

Abgesehen von erfolglosen Erfundungsgeschichten in der Gegend von Jaudcourt und auf dem Rücken der Maas, verließ der Tag ohne besondere Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Westböhmisches Front.

Westlich vom Odero See, am Dobropolje und südwestlich vom Bosn-See Artilleriefeindschaft.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Plan, dessen Durchführung einen guten und dauernden Frieden mit Rußland unmöglich machen würde. In der aldeutschen Presse aber wird mit allen Mitteln darauf hingearbeitet, daß nun auch im Westen die „politischen Sicherungen“ unbedingt durchgeführt werden sollen. Großadmiral v. Tirpitz ist fleißig am Werke, um die Reichspolitik in diese Richtung zu ziehen. In einer Sitzung seiner Kriegsministerie, die am Sonnabend in Berlin stattfand, sprach er von der „Macht eines ungenügenden Friedens im Westen“, die von der „außerordentlich gesuchten Friedensschaffenden unter Feinde“ drohte. „Ausreichende Sicherungen“ müßten erreicht werden. Mit Hochs auf Hindenburg und Ludendorff — nicht, wie sonst üblich, auf den Kaiser! — schloß die aldeutsche Verantwortung.

Es wird sich wohl zeigen, ob es dem erneuten Ansturm der Militärs und Erbauerministrien gelingen wird, den Ausgang der Reichspolitik umzudrehen. Der Vorwärts spricht bereits mit Recht von einer Platzkampfpolitik. Eine solche Politik ist schon in früheren Friedenszeiten überaus ungünstig für Deutschland gewesen. In der jetzigen Zeit würde sie sie geradegau verderbliche Wirkungen nach sich ziehen müssen. Das ganze deutsche Volk ist froh darüber, daß auf Grund seiner gewaltigen Opfer und Leistungen die Kriegslage sich recht günstig gestaltet hat und daß damit die Möglichkeit eines guten Friedensschaffens mit den Feinden, die zuvor uns zu zerstören drohten, näher rückt. Läßt man sich aber durch die günstige Lage auf den Kriegsschauplätzen zur Er-

oberungspolitik verführen, so werden alle Friedensmöglichkeiten auf unabsehbare Zeit zuschanden gemacht und in den inneren Verhältnissen Deutschlands könnten schwere Konflikte nicht ausbleiben!

Der Vorwärts schreibt:

„Es besteht in diesem Augenblick keine Möglichkeit, die Feuerkraften noch zu prüfen, sie sind wahrscheinlich zum mindesten verbraucht. Doch sie aber austauschen und geglaubt werden können, ist ein Zeichen der Zeit, an dem man nicht oeffentlich vorübergehen kann. Denn es würde sich dabei um eine fundamentalen Veränderung unserer politischen Verhältnisse handeln, die auch auf die Arbeiterschaft nicht geringfügig neue Konsequenzen bringen würde.“

Gürs erste ist der Zustand der tiegreisenden politischen Unstetigkeit und Zerrissenheit zu beklagen, der wieder einmal eingerissen ist. Man wird nicht wieder, wie bei der Michaelis-Affäre, die Demokratie und besonders die Sozialdemokratie beschuldigen können, daß sie diesen Zustand herbeigeführt habe. Die Zusammenhänge liegen diesmal klar autogen.

Mit der Bildung einer festen Reichstagsmehrheit schien ein Zug der Festigkeit und Stabilität in unsere Verhältnisse zu kommen, der auf die allgemeine Volksstimung stark wirkte. Wir wissen nicht, wieviel von diesem wertvollen Kapital noch vorhanden ist, aber wir wissen genau, wer — ohne Rücksicht auf die unbeschreibbaren Folgen — es zu vertun und zu verwüsten mit allen Kräften bestrebt ist. Das sind die Aldeutschen und die Vaterlandspartei.

Hoffentlich löst die Auflösung über die Vorgänge der letzten Tage nun nicht lange mehr auf sich warten. Das Volk will doch wenigstens wissen, woran es ist!

Das Berliner Tageblatt führt aus:

„Sollte die „gewalttätige Gebietsverteilung“ — im Osten und dann wohl auch im Westen — zum Ziel erwählt, sollte die Teilung Polens beschlossen, die ganze bisher verfolgte Politik umgeworfen werden, so würde nicht nur der Staatssekretär, sondern natürlich auch der Reichskanzler den dringenden Wunsch verpüren müssen, sich zurückzuziehen. Denn ein Staatsmann kann, um es zu wiederholen, unmöglich eine Politik plötzlich für möglich halten, die ihm soeben noch als eine Schädigung der deutschen Zukunft, als ungefund und höchst bedrohlich erschien. Dann wäre es aber auch das einzige Mächtige, die hohen militärischen Persönlichkeiten, die jetzt eine Entscheidung herbeiführen, die die Spalte der Regierung zu schließen. Es ist ein ganz unhalbarer Zustand, wenn neben demjenigen, der verantwortlich regiert, ein anderer steht, der herrscht.“

Beratung der territorialen Fragen.

Räumungs- und Selbstbestimmungs-Probleme.

Brest-Litowst, 13. Januar. Die am 11. d. M. konstituierte deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen hielt am 11. und 12. d. M. drei lange Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen:

Zunächst wurde festgestellt, daß an erster Stelle des abzuschließenden Friedensvertrages die Neuordnung des Kriegsstandes zwischen den Kriegführenden Teilen aufzugehen scheint. Dagegen lehnt es Herr Tropf ab, unmittelbar hieran anzuschließen, daß die vertraglichkeiten Teile enttäuschen seien, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben. Herr Tropf fand, daß dies eine destruktive Phrase sei. Es wurde beschlossen, auf den Gegenstand in einem späteren Zeitpunkt nochmals zurückzukommen. Im weiteren Verlaufe der Besprechung wurde festgestellt, daß Einvernehmen darüber herrsche, die Räumung der von den beiden Kriegführenden Parteien besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage der vollen gegenseitigkeit zu stellen. In einem späteren Stadium der Verhandlungen wurde Versuch aus diesem Zusammenhang gemacht, da es nicht kriegsähnlicher Teil sei.

Es kam dann die Frage zur Verhandlung.

in welchem Zeitpunkt die Räumung

der besetzten Gebiete zu erfolgen haben werde. Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Räumung an den Zeitpunkt zu knüpfen, in welchem nach Friedensschluß Russland seine Streitkräfte demobilisiert haben werde. Herr Tropf hielt dagegenüber den Standpunkt, die Räumung der besetzten Gebiete parallel mit dem Verlust der beiderseitigen Demokratie durchzuführen. Nach einem Hinweis des Herrn v. Kühlmann darauf, daß nach dem zu schließen Vorschlag die Räumung der besetzten Gebiete sich bis zum 1.

Jahruh des allgemeinen Friedens hinausziehen müsse, wurde die Beratung über diesen Punkt abgebrochen.

Es gelangt nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete sich diese Raumung zu ertheilen habe. Hierzu ob der Staatssekretär v. Kühlmann auf: Wie aus der Definition der Räumung hervorgeht, erstrebt sie sich mehr auf die jüngeren besetzten Gebiete, die nach Teile des Staatsgebietes der jüngeren Macht sind, mit welcher der Frieden geschlossen wird. Auf jüngere Gebiete, die bei Eintritt des Friedens nicht mehr Teile dieses Staatsgebietes bilden, erstrebt sie sich nicht. Es würde also in einer Untersuchung eingeteilt sein, ob und welche Teile des ehemaligen russischen Staatsgebietes bei Eintritt des Friedens noch als zum russischen Gebiete gehörig betrachtet werden können. Wie behaupten, daß in Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in einem Teile der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völker *de facto* bevoelkerten Autonomien das Selbstbestimmungsrecht ausgeübt haben, so daß diese Gebiete nicht mehr als zum russischen Reich in seinem ehemaligen Umfang gehörig betrachtet werden können.

Daß er sich erklärte Herr Tropf: Wir können die Ausübung dieses Prinzips der Selbstbestimmung nicht anders annehmen, als gegenüber den Völkern selbst und nicht etwa gegenüber gewissen privilegierten Teilen derselben. Wir müssen die Ausübung des Vorsitzes der deutscher Delegation ablehnen, die dahin ging, daß sich der Wille in den besetzten Gebieten durch tatsächlich gewählte Organe geäußert habe. Wenn diese tatsächlich gewählten Organe keinen Einfluss auf die von uns proklamierten Prinzipien.

Aufgrund an die prinzipsiellen Ausführungen entwickele Vorschläge die Räumung der besetzten Gebiete sich bis zum 1.

Sammelbericht. Die Mehrzahl der Schiffe war tief beladen und beschädigt.

Der Chef des Admiralskabs der Marine.

Unsere Erfolge im Luftkampfe im Monat Dezember.

Berlin, 13. Januar. Am Monat Dezember haben unsere Gegner durch die Tätigkeit unserer Kampfflotte auf allen Fronten im ganzen 119 Flugzeuge und 9 Ballone verloren. Wir haben 82 Flugzeuge und 2 Ballone eingeschossen. Davon sind 57 Flugzeuge jenseits der Linien verblieben.

während die anderen 25 inner unserem Gebiet verloren gingen. Auf die Reihen allein entfallen von den 119 außer Reich getretenen feindlichen Flugzeugen 101, von den 82 deutschen 71. An der italienischen Front haben wir 17 feindliche Flugzeuge abgeschossen und 6 eigene einschossen. Ein einzelne legt sich die Summe der feindlichen Verluste folgendermaßen zusammen: 83 Flugzeuge wurden im Luftkampfe, 80 durch Flugabwehrkanonen, eins durch Infanterie abgeschossen; 5 landeten unfeindlich hinter unseren Linien. Von diesen Flugzeugen sind 17 in unserem Besitz, 72 jenseits unserer Linien erzielbar abgeschossen.

Gefahrlosung bei Kriegsflugsicherung wäre eine Hintensetzung des Kommandos, wort auf der Gegenstoss nicht ausbleiben kann. Lieberles kommt das Kriegsministerium zu reaktionär gestaltet werden, so dass ganze Welt für die Wahlrechtsrechte unannehmbar würde. In der Polenpolitik gäbe es umzulenken. Dem gleichen Wahlrecht ist keine Klassenherrschaft zu befürworten. Sie bestand unter dem bisherigen Reich und führenden Bundesstaat müssen auf gleicher Grundlage beruhen.

Eine konservative Abgeordnete wendet sich gegen die preußische

Polenpolitik, die dem politischen Volke überparteiliche Herrschaft aufreichten habe. (Der Vorige mahnt zur Mäßigung.) Die Soldaten werden zur Verhandlung kommen, der Krieg wird ein Massengrab für den nationalen Chauvinismus sein.

Dynamitexplosionen: Der Friedberg: Diese schweren Explosionshindern nur die Entwicklung und bedeuten eine massive Unabhängigkeit in dem Augenblick, wo der König aus höchster Gnade den alten polnischen Staat wiederherstellt. — Ein konservativer Antrag verlangt die Vereinigung der drei Provinzen durch ein Mandatsgesetz. Nach seiner Begründung wird die weitere Beratung auf Montag fortgesetzt.

Um die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen.

Von Hermann Müller, M. d. R.

Die deutsche Sozialdemokratie hat seit Kriegsbeginn einen Frieden ohne Annexionen gefordert. Sie wurde deshalb von allen Reaktionären mit steigender Wut bekämpft.

Als die deutsch-russischen Friedensverhandlungen am Jahresende 1918 vorläufig unterbrochen wurden, weil die bengtischen russischen Staatsleiter in den amtlichen deutschen Mitteilungen über die geplante Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in den besetzten Grenzgebieten den Wunsch nach verdeckter Annexionen erklärten, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer Erklärung vom 6. Januar 1918 univocally erklärt, „dass sie jeden Missbrauch des Selbstbestimmungsrechtes zum Zweck verdeckter Annexionen mit Entschiedenheit entgegneten werde“.

Wie dieser Erklärung hat die sozialdemokratische Fraktion den breiten Weisen in Stadt und Land aus dem Herzen geprägt, die seit dem Beginn der Battenjihansverhandlungen im Osten erleichtert ausgezeichnet hatten, weil sich endlich ein Hoffnungsschimmer für die Beendigung des Völkermordes gezeigt hatte, und das nur bedauernd, doch sich dieses günstige Zeichen zunächst nur im Osten bemerkbar machte, während die Machthaber im Westen das Schicksal der Russen nach dem Abschluss eines Verständigungskredites leider noch mit Gewalt niederschlagen können. Das letztere würde ihnen freilich bedeutend erscheinen, wenn es im Osten wirklich zum Abschluss eines Friedenskredites käme. Tiefe Loyalität würde in Frankreich, Italien und selbst in England eine tiefere Wirkung auslösen als die Faktoren die bisher bereits auf die Stimmung in den Ländern der Habsburger dominiert gewirkt haben.

Ein allgemeiner Friede, den wir Sozialisten grundätzlich und baldigst wünschen, ist zur Zeit noch nicht zu haben. Das hat die lange Rede Lloyd Georges deutlich bewiesen. Der Abschluss eines Verständigungskredites im Osten würde den Preußen eines Verständigungskredites in den Westländern in ihrem Kampfe gegen die annexionistischen Kriegshäger dort die beste Waffe liefern.

Was so wichtig es wäre, dass wir, nachdem Mars seit so langer Zeit die Stunde regiert, eine Friedensstabschaft eingeschlagen, die für einen baldigen allgemeinen Frieden weiterwirken würde: bei unserer Forderung auf Abschluss eines Verständigungskredites zwischen den Mittelmächten und Rußland kommen noch andere Gesichtspunkte von grösster Bedeutung in Frage. Rußland und Deutschland sind ihrer geografischen Lage nach auch in Zukunft herauf, sich wirtschaftlich zu ergänzen. Rußland wird sich dank seiner Naturvögel auch noch diesem Kriege sicher wirtschaftlich in nicht zu ferne Zeit wieder erhöhen. Die wirtschaftlichen Fazetten werden in Rußland dahin wirken, dass dieses Reich nicht zerfällt. Wenn sich auch einzelne Handelsländer, wie die früher schon über mit Rußland verbundene Hinterland, politisch völlig unabhängig machen, wenn auch die Pole nach eigenem Wunsche und im Einvernehmen mit Rußland ihr eigenes Staatswesen wieder aufrichten sollten, so sind ohne Zweifel die Großrussen und die Ukrainer auf Grund einer langen gemeinsamen Gelehrten- und Kulturstiftung so aufeinander angewiesen, dass sie sich nicht trennen können, wobei ganz dahingestellt bleibt, ob in dem zukünftigen Rußland die früheren grossrussischen Großherren oder die kapitalistischen frötligen entwidelten Kaisers nicht die Führung übernehmen werden. Zudem ist die starke Pos. von Rußland.

Bewegung in der Ukraine wirtschaftlich nicht da, mögen die deutschen Anhänger verdeckter Annexionen noch so sehr von solchen angeblichen Plänen der Ukrainer schwärmen.

Rußland wird zunächst noch vorwiegend Agrarstaat bleiben. Wenn es nicht der Gegenrevolution anheimfällt — und das letztere würde mir wahrscheinlich sein, wenn ihm der Friede noch lange vorenthalten würde —, so wird es vermutlich nach dem Frieden ein republikanischer Staatenbund werden, dessen Politik in erster Linie von den Bauernmassen bestimmt werden wird, in dem aber auch die Arbeiterschaft sich starke Geltung zu verschaffen wissen werden.

In Anbetracht der ökonomischen Struktur Rußlands ist nicht anzunehmen, dass die Polen wieder dauernd Rußland beherrschten werden, so leicht auch anerkannt werden wird, dass sie sich ein weiblichstarkes Verdienst dadurch erworben haben, dass sie durch ihre Einschätzungen die Einstellung der Feindesleute dem Frieden eine breite Hölle drohen lassen. Der Friede, der hoffentlich bald mit der sich nicht zuletzt auf den Willen der russischen Armee stützenden Regierung der russischen Volkskommission abgeschlossen werden kann, muss auch nach deutschem Interesse so beschaffen sein, dass spätere russische Regierungen keinerlei Schwierigkeiten erhalten, wenn sie eine den bauenden Kriegsleuten sichernde Politik zu treiben beabsichtigen. Der Friede, der mit Rußland geschlossen werden soll, hat die größte Bedeutung für die Bildung der öffentlichen Meinung in den fünfzig Russischen Reichen. Auch in dem künftigen Rußland werden die Imperialisten nicht ausgestorben sein. Die Miljukows und Gutikows werden dort wieder Propaganda zu treiben suchen, und unter Zuhilfenahme chowinistischer Agitation besonders auch unter den zahlreichen russischen Anhängern, die auch der Zahl nach eine grössere Anhängerschaft zu verschaffen suchen. Solches Treiben würde den russischen Reaktionären erleichtert werden, wenn der aussichtsreiche Friede für Rußland schmerzen würde und hinterließe, an denen Pseudopatrioten fortwährend röhren könnten.

Und solche Wunden würden selbst jene Kreise schmerzen, die grundsätzlich Gegner des Krieges sind. Wie eine unter dem Zwange des Krieges erfolgende Verteilung von Rußland mit seinen für Rußland hochwichtigen Örtchen auf die gesamte Verfassung des läufigen Rußlands erwirken würde, darüber haben die russischen Sozialisten, die im September eine Delegation des Arbeiter- und Soldatenrates in Stockholm waren, keinen Zweifel gelassen. In jener Delegation waren neben dem Menschenrecht die Sozialrevolutionäre und die Bündnisvertreter vertreten. Und wer zweifelt im Ernst daran, dass die Massen der Letten und Esten ebenso denken? Die Arbeit für einen dauerhaften Weltfrieden leisten werden, darf nicht durch erschwert werden, dass der jegliche Krieg mit schweren und verdeckten Annexionen abschlägt. Das müssen wir jetzt im Auge behalten. Unsere Minder und End häften es in einem neuen Weltkriege zu büren, wenn in Rußland die revolutionären grossrussischen Großherren oder die kapitalistischen frötligen entwidelten Kaisers nicht die Führung übernehmen werden. Zudem ist die starke Pos. von Rußland.

Die Wahlrechtsdebatte im Ausschuss.

CB. Berlin, 12. Januar 1918.

Im Regime der Sammelabstimmung des Wahlrechtsausschusses ein Nationalliberaler die Verteilung der Sitz-Steuergabe nach dem gründlichen Aufzähmung des Abgeordnetenhauses, da es nicht klar sei, ob diese auf Grund des ersten Wahlganges oder der Konferenzbeschlüsse der letzten Reichstagssitzungen aufgeteilt sei. Ein Teil der Nationalliberalen sei für das gleiche Wahlrecht zu haben, wenn die Macht des Kriegsministers geändert wird. Jetzt gebe der Reichstag die Stimmung im besten Sinne weiter, als das Abgeordnetenhaus, ob das so bleiben werde, sei zu bezwecken. Der Rektor der Universität, dass die durchaus staatliche Hochschule und Königsuniversität größer geworden sei. Da man nicht weiß, wie die Universität weiter sich in Zukunft etablieren werde, könne man nicht direkt ins Pariser ein. Man sollte sich mit einem Universitätsbrandenburg. Nach 5 oder 10 Jahren könne man dann auch einen Spritzen tun.

Ein sozialdemokratisches Wahlrecht erfordert, nicht nur, dass der Vorsitzende angeklagt ist, dass volkswirtschaftlich, dass die Wahlen des Reichstagswahlrechts haben, von einem Sprung ins Wahlergebnis machen. Wie sich die Sozialdemokratie in Zukunft entwideln werde, das werde nicht zuletzt von der Konservativen der gesetzgebenden Räteversammlungen abhängen. Die Konservativen sprechen von einer gründlichen Verhüllung der Wahlen, in Wirklichkeit wollen sie diese verschleppen. Wäre es richtig, dass das gleiche Wahlrecht den Umfang des Staates bediente, so dass das Deutsche Reich längst untergehen müsste. Nach Anfrage der Konservativen nach der Kriegsstellmacher gegen eine Verhüllung mit dem gleichen Wahlrecht. In Wirklichkeit bringen sie der Wahlrechtsverhüllung das lediglich Interesse entgegen. Sie fragen sich: Wie ist es möglich, dass während wir das Kaiserreich schaffen, im Inneren große Vorwürfe unter Recht vorhalten wollen. Die Wahlrechtsverhüllung werde nicht zur Recht kommen. Die Spannung im Volle ist so groß, dass es nur eines kleinen Anstoßes zur Entladung bedarf. Die Konservativen rufen sich ihres Verantwortlichkeitsgefühls. Damit fallen sie das gleiche Wahlrecht nicht zu Hause bringen.

Wahlrechtspräsident Dr. Friedberg wendet sich gegen das Wahlrechtsrecht. Wenn im Kriege die großen innerpolitischen Fragen entschieden werden, so dass das Volk mit der Wahlrechtsverhüllung noch vielmehr befriedigt als heute. Eine Erhöhung nach der breitfachen feierlichen Eröffnung der Wahlrechtsverhüllung würde den Siegeswillen der Deutschen Waffen unverzüglich schwächen. Der Mittelfeld und die Widerstandslinien, die durch den Krieg am meisten geprägt haben, bedürfen durch Verhüllung des gleichen Rechtes erweitert werden.

Minister des Innern Dr. Drösler berichtet: Ermittingen über den Erfolg der Wahlrechtsverhüllung in Braunschweig. Ein National-

Gefahrlosung bei Kriegsflugsicherung wäre eine Hintensetzung des Kommandos, wort auf der Gegenstoss nicht ausbleiben kann. Lieberles kommt das Kriegsministerium zu reaktionär gestaltet werden, so dass ganze Welt für die Wahlrechtsrechte unannehmbar würde. In der Polenpolitik gäbe es umzulenken. Dem gleichen Wahlrecht ist keine Klassenherrschaft zu befürworten. Sie bestand unter dem bisherigen Reich und führenden Bundesstaat müssen auf gleicher Grundlage beruhen.

Eine konservative Abgeordnete wendet sich gegen die preußische

Polenpolitik, die dem politischen Volke überparteiliche Herrschaft aufreichten habe. (Der Vorige mahnt zur Mäßigung.) Die Soldaten werden zur Verhandlung kommen, der Krieg wird ein Massengrab für den nationalen Chauvinismus sein.

Dynamitexplosionen: Der Friedberg: Diese schweren Explosionshindern nur die Entwicklung und bedeuten eine massive Unabhängigkeit in dem Augenblick, wo der König aus höchster Gnade den alten polnischen Staat wiederherstellt. — Ein konservativer Antrag verlangt die Vereinigung der drei Provinzen durch ein Mandatsgesetz. Nach seiner Begründung wird die weitere Beratung auf Montag fortgesetzt.

Deutsches Reich.

Schleichhandels-Konferenz.

Unter dem Vorstoß des Staatssekretärs des Kriegsberichts v. Waldbom fand heute eine Besprechung zwischen Vertretern der zuständigen Zivil- und Militärbehörden und der Industrie über die Frage der Beschränkung des Schleichhandels der industriellen Werke statt. Die Vertreter der Industrie stimmen der Anordnung v. Waldboms uneingeschränkt bei, dass die bisherige Praxis eines großen Teiles der Fabriken zu einem Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft führen müsste. Eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Behörden und der Industrie soll die Grundlage aufstellen, nach denen an die Sonderversorgung aus dem Schleichhandel eine Belieferung der industriellen Arbeiterschaft auf legitimen Wege zu treten hat, damit deren Leistungsfähigkeit nicht gefährdet wird.

Beiletzig war man sich einig, dass die Bereitstellung bei legalen Belieferungen notwendiges Lebensmittel die sofortige Unterbindung des Schleichhandels aus Voraussetzung hat.

Eine Besprechung mit Vertretern der Arbeiterschaft über die gleichen Angelegenheiten wird in der nächsten Woche im Kriegsberichtsamt stattfinden.

Einem Vortrages des Vorsitzenden entnehmen wir folgendes:

Wie wir einem und vorliegenden längeren Bericht entnehmen, hat noch im Dezember nach den Neuförmern Entwicklungen eine Sitzung in der Reichsliste für Obst und Gemüse stattgefunden, die sich mit der Lebensmittelversorgung beschäftigte. Teilnehmer an der Sitzung waren die Reichsverwaltung für Obst und Gemüse sowie des Kriegswirtschafts- und der Polizeiverwaltung. Von dem ersten Rektor, dem Lebensmittel-Deputierten eines westlichen Provinz, wurde die Neuförmere Deutschlands als sehr ruhig und sachlich bezeichnet, ihm seien in der letzten Zeit noch viel schlimmere Dinge passiert. Die vorhandene Misere könne aber nur befehligt werden, wenn das bisherige Versorgungssystem geändert werde. Außerdem dann noch zwei weitere Rektoren, Vertreter von Gemeinden, eine Rendierung des Systems verlangt hatten, erklärte der Vorsitzende, ein Regierungsrat v. R. d. R. dass am System nichts geändert werde.

Zum Schluss sah sich dann der Vorsitzende dahin zusammen, dass an eine Erhebung der Höchstpreise vorläufig nicht gebeten werden könne. Die Gemeinden hätten das Recht, bis zur Feststellung der Rendierung der Wirtschafts-Großbetriebe die Höchstpreise kurzfristig zu überstreichen. Diese Übersteigerung dürfte aber nur bis zu einem bestimmten Termint dauern, der noch bekanntgegeben werden würde. Dann aber würde keiner mehr die Höchstpreise übersteigen!

Gestellt der Hauptpunkt des Berichtes. Wenn nun aber schon die Reichsbehörden nicht die Möglichkeit hatten, den Gemeinden Ecken angegeben, wo sie Gemüse zu Höchstpreisen kaufen konnten, wachte dann der Staatskanzler gegen diese Gemeinden in Anspruch genommen werden? Die Staatskanzlerschaft hat man ja jetzt in eine geradezu familiäre Situation gebracht. Sie hat die Abhängigkeit, alle Höchstpreisüberhöchstungen zu verfolgen und insbesondere die Reichsbehörden unter ausdrücklicher Billigung des Kriegswirtschafts- und der Polizeiverwaltung das die Höchstpreise einzuhalten bis zur Schaffung gerechter Verhältnisse überstehen werden müssen.

Ausland.

Amerika.

Das Frauenstimmrecht.

Washington, 12. Januar. Das Repräsentantenhaus hat die Gesetzesvorlage zur Einführung des Frauenstimmrechts mit 272 gegen 135 Stimmen angenommen.

Ostindien.

Die Fortbewegungen der Mohammedaner.

Die englischen Blätter vom 8. Januar melden aus Kalkutta vom 8. Dezember folgendes Neuerlebnis: Die Moslem-Liga für ganz Indien verlangte sich heute hier vor der Eröffnung des nationalen Kongresses teil, in der auf die Errichtung eines parlamentarischen Staates bei der Einführung einer völlig verantwortlichen Regierung bestanden werden. Die Moslem-Liga hat man ja jetzt in eine geradezu familiäre Situation gebracht. Sie hat die Abhängigkeit, alle Höchstpreisüberhöchstungen zu verfolgen und insbesondere die Reichsbehörden unter ausdrücklicher Billigung des Kriegswirtschafts- und der Polizeiverwaltung das die Höchstpreise einzuhalten bis zur Schaffung gerechter Verhältnisse überstehen werden müssen.

Aus aller Welt.

Kriegsleutnant Müller verunglückt.

Wie dem Lokalmatador aus München berichtet wird, ist der konservative Kriegsleutnant Max Müller, Ritter des Ordens pour la Mérite, bei der Landesschlacht bei Weissenburg in Frankreich nach seinem 81. Kriegsfall infolge Flugzeugabsturz tödlich verunglückt und so ist seine Totenbestattung in seinem Heimatland stattgefunden.

Die Pest.

Changchou, 12. Januar. (Neuer.) Der Verlegerherr der Daily News in Nanking berichtet, dass die Pest innerhalb der ersten 6 Wochen 300 Menschen fortgesetzten und bereits die Eisenbahnen von Kaimen und Peiping nach Kanton erreicht hat. Der Verlegerherr erklärt, dass der Gouverneur von Kanton sich weigerte, Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen.

Verhörlage der sächsischen Landeswetterwarte

für den 15. Januar 1918:

Zeitweise besser; etwas älter; nicht trocken.

Legte lokale Nachrichten.

Tod durch Gasvergiftung.

Paris trug gegen 8 Uhr zuerst in einem Grundstück der Hauptstadt einen 16 Jahre alten Landsträucher mit Gas verspillet aufgehängt. Wiederbelüftungserübrücke wurden nicht vorbereitet, da bereits Totenräuber eingetreten waren.

Festnahme von Ladenräubern.

Am Vorabend: Männer wurden von jungen Töpfen aus Zementen verhaftet, die in letzter Zeit allerlei Geldkäufe, in denen sie Eindrücke aufgedrückt, in der Weise planteerten, dass sie die Außenwände leer und mit der Seite verschwanden. Einer von den jungen Töpfen ist noch schulpflichtig.

Wissche Angelegenheiten.

Die Wahl in Sachsen-Ramenz.

Eher, das Sachsen-Ramener Wahlergebnis im ersten günstiger zu deuten, entfaltet mehr Vorsicht. Sie weist darauf hin, die Parteien zur Wahl des Fortschritts vermögen sie die Friedenspolitik der Partei. Tatsächlich soll es nicht richtig sein, Stimmen als für den Fortschritt zu rechnen. Tatsächlich verhält sich die nationalliberalen Innenpolitiken vorbehalt für einen, daß es wahrlich kein Wählern Wählern zum größten Gewinn hätten, lieber für den Nationalliberalen sind ja in diesen Fällen machen absteigende Stellen mit einem Teil von Gewinn nicht mehr auf ihrer Stimmen auf den Abstieg haben.

Die Partei ist die Haltung der Friedenspolitik. Es gibt nur sehr wenige Wähler, die noch ihrer Stimmen auf den Abstieg haben. Tatsächlich dafür, es absteigen kann, die Wähler, die noch ihre Stimmen auf den Abstieg haben. Die Partei ist die Haltung der Friedenspolitik. Es gibt nur sehr wenige Wähler, die noch ihrer Stimmen auf den Abstieg haben.

Die Partei ist die Haltung der Friedenspolitik. Es gibt nur sehr wenige Wähler, die noch ihrer Stimmen auf den Abstieg haben. Die Partei ist die Haltung der Friedenspolitik. Es gibt nur sehr wenige Wähler, die noch ihrer Stimmen auf den Abstieg haben.

Der deutsch-russischen Friedensverhandlungen, die nach allgemeiner Verabschiedung das deutsche Volk so gewaltig erregen, daß ein Friedensstaat nicht leicht werden möchte. Es gibt kaum einen Bundesstaat im Reich, wo die parteilichsten Gegenseite bei den Wahlen so heftig aufeinanderprallen wie im Königreich Sachsen. Man ist dadurch auch bestrebt, das Wahlergebnis von Sachsen auf das ganze Reich auszudehnen, was, wenn es jetzt zu allgemeinen Wahlen käme, die Wählerschaft sich mit großer Mehrheit hinter die Parteien stellen würde, die die Friedenspolitik der Partei. Tatsächlich soll es nicht richtig sein, Stimmen als für den Fortschritt zu rechnen. Tatsächlich verhält sich die nationalliberalen Innenpolitiken vorbehalt für einen, daß es wahrlich kein Wählern Wählern zum größten Gewinn hätten, lieber für den Nationalliberalen sind ja in diesen Fällen machen absteigende Stellen mit einem Teil von Gewinn nicht mehr auf ihrer Stimmen auf den Abstieg haben.

Die freisinnige Ritterauer Morgenzeitung äußert sich über das Nachwahlergebnis:

Was nun die Frage der Sächsischen Landtagswahl anlangt, so steht sich über deren vermutlichen Ausgang ebenso wenig sagen, wie über den diesjährigen Wahlkampf. Der fortsetzende Wähler, der auch nur verhältnismäßig organisiert ist, steht nicht auf vogelblauem Boden und befindet sich auch nicht, wie während des Wahlkampfs geschildert, sehr behauptet wurde, im "Schlafraum der Sozialdemokratie".

Andererseits ist ihm heute mit der Sozialdemokratie, dem Zentrum und der Reichstagsmehrheit die Friedenspolitik der Mehrheitspartei sowie das freiheitliche Streben nach Unabhängigkeit unseres Verfassungs- und Verwaltungswesens an die durch den Krieg geschaffene Verhältnisse. Werden die Fragen der Außenpolitik in ihrer ganzen gewaltigen Bedeutung siedendlich gerüttelt, so unterliegt es wohl keinem Zweifel, wohin sich während der Sächsischen Landtagswahl unabhängig von jeder Parole, der fortsetzende Wähler aufschlagen hat.

Die Chemnitzer Volksstimme bezeichnet den Wahlkampf als Niederlage der Vaterlandsveteranen. Sie für die Freie Presse, unter Leibziger Bruderorgan, bemerkt zum Wahlkampf:

Da die Nationalliberalen zum Eintritt in die Räte aufgerufen haben, muß das Ergebnis für die Fortschrittspartei als ungünstig bezeichnet werden. Da die Nationalliberalen aber ausschlagende Anhänger sind, dürfte ein Teil von ihnen dann in der Hauptwahl für den Konservativen eingetreten sein. Und da auch das Zentrum seine Wähler zum Eintritt in die Räte aufgerufen hat, kann auch die für den konservativen Kandidaten abgesetzte Stimmenzahl als ein Maßstab bezeichnet werden. So hat eigentlich nur die Sozialdemokratie ein klares Stimmendeklinus aufzuweisen.

Neue staatliche Kohlenfelsberankläufe.

Dieser Tage sind in Göttingen bei Ritterau wieder vier Männer in den Besitz des sächsischen Staates übergegangen. Erster der vom Staate angelaufenen Güter bewirtschaften weiter als Pächter.

Vorwissen. Der Rat der Stadt Leipzig hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Große Leipziger Straßenbahn auf Kosten des Krieges bis ein Jahr nach Friedensschluß mit einer Kriegsteuerungszuschlag von fünf Prozent je jede einfache oder Umsteigefahrt erhobt mit Zustimmung, doch sie gehalten sein soll. Karten gültig einzeln Rabatte zum Preise von einer Mark aus. Die Kriegsteuerung gilt weiter, doch durch den Kriegsstrom 1. die Verkehrssteuer und die Abgabensteuer 2. eine Umtaxierung von den Linien die der blauen Straßenbahn und umgekehrt. Jede Fahrkarte kostet also nunmehr 15 Pf.

Wurde aus dem Lande. Der Schneesturm der vergangenen Februarwoche unterbrach die Eisenbahnverbindungen und damit im Zusammenhang im Eisenbahnbetrieb zur Folge geblieben, obwohl am 1. Februar 1744 zwischen Döthmannsberg und Schneeburg ebenfalls eingestellt wurde. Der Zug ist nach Schneeburg zurückgekehrt. Der Zug ist nach Schneeburg zurückgekehrt. Auf der Linie Chemnitz-Borsigwalde ist eine in Riedelhof vom Güterzug 7347 in Richtung Chemnitz-Borsigwalde. Das Chemnitzer Wechselsystem. Die Strecke ist gesperrt. Borsigwalde ist der Bahnhof und Borsigwalde sowie zwischen Borsigwalde und Borsigwalde eingestellt. Das 4½-jährige Söderström. Ein in Borsigwalde georgnete Stadt hatte den Herd gestellt, um ein Spielzeug zu leimen. Ein Staub kam auf die Seite und im Herd, um sich zu halten, einen auf dem Herd befindlichen Wasser, dessen Inhalt sich über ihn ergoß und verdrückt, daß der Herd entzündet ist, in einem Riedelhofen Söderström, in dem er von der Transmission erschüttert wurde.

Stadt-Chronik.

und Invalidenversicherung.

Die Invalidenversicherung in einem fürstlich erfüllt, wäre es zu bedauern, wenn die Invalidenversicherung von der Versicherung die Vorteile der Invaliden- und Hinwendung nach der Reichsversicherungsordnung. Dern vielfach handelt es sich um Personen, die durch die Kriegsbeschädigung bereits gestorben sind. Sie standen der Invalidität nahe. Invalidenrente nach eingetretener Invalidität in ihrer Militärrente erhalten können, von der Versicherungspflicht betreut worden. Unwirtschaftlichkeit auf Rente verloren hätten. Auch Heilverbefreiung, das für Kriegsbeschädigte geschwächtes Gesundheitszustand von bestens geringen Kriegsbeschädigten besonderen Welschen nach erfolgter Befreiung eine zum Fortpflanzungsförderung wesentliche Belebungsfähigkeit eintrete. Würden solche Kriegsbeschädigte aus anderen Gründen invalid, so erhalten Militärrente noch eine Invalidenrente. Das gesamt kommt auf Grund dieser Erwägungen zu einer Einstellung der Militärrenten mit den Invalidenversicherungsordnung angeführten „Pensionen“ zu unerwünschten Folgewirkungen. Von diesen „Pensionsähnlichen“ Belebungen sich übrigens die Militärrenten erheblich auf Grund einer längeren dienstlichen Dienstzeit für eine durch den Militärdienst erzielbare Beschädigung gewährt. Für die Mannschaften steuernden Kriegsbeschädigten hinzunehmen in den meisten Fällen nicht die ein, sondern auch der Verdienst aus der Erziehung ausgebütteten Erwerbstätigkeit

Wie der Schmerz ausgebeutet wird.

Nicht nur die materielle Not des Volkes nügen die Geschäftsmänner aus, sondern auch aus der geistigen und seelischen Not wissen sie Geld zu schöpfen. Bekanntlich besteht in den breitesten Schichten unseres Volkes nicht nur ein physischer Hunger, sondern auch ein Hunger nach Trost und geistiger Erquickung, und das machen sich geriebene Geschäftsmänner zunutze, indem sie auf das Gefühl der Bedrückten ausnutzen. Beobachtet viel Unruhe wird gegenwärtig mit der Frage des Fortwährens nach dem Ende des Widerstandes im Innern getrieben. Manche Witwe und manche Mutter, die etwas Liebes verloren haben, grübeln über diese Frage nach. Ihren Wünschen kommen zahlreiche Bücher entgegen, die von Buchhändlern zu teuren Preisen auf den Markt geworfen werden. Es ist fast ausnahmslos Schund, was den wühligenden Lesern und Leserinnen geboten wird.

In einem dieser Hefte mit schlechtem Druck und elender Ausstattung, das für 2 M. verkauft wird, werden die tiefsten Menschen mit einer Oberflächlichkeit erörtert, die nur von der Dreistigkeit und Unwissenheit des ungenannten Verfassers übertragen wird. Der Verfasser kommt auf Grund naturwissenschaftlicher Untersuchungen und mit Bezugnahme auf die Lehren der sogenannten Geheimwissenschaften zu dem Ergebnis, daß wir unsere lieben Toten nach dem Tode wiederjähren werden. Todesempfehlung mit der Waffe der Harmlosigkeit zum Zweck eines gründlichen Studiums der Frage nach andern Büchern, die „zufälligerweise“ in dem gleichen Verlag wie das seines enthalten sind. Die Preise für alle derartigen Bücher sind höchstens möglich sehr hoch, und wenn eine arme Frau, deren Wohlgebeten erwacht ist, der Sohn auf den Grund gehen will, so kann sie leicht 20 bis 30 M. dabei loswerden, und dabei bleibt sie gerade so glug wie zuvor, aber der Geist gerät in Vermirbung und Aufregung. Anstatt daß ihre Seele Trost schöpft aus der Beschäftigung mit diesen Dingen, werden Zweifel rege gemacht und unruhige Stimmungen geschaffen. Wer im Bilde Trost sucht, der ist gewiß gut beraten. Aber noch immer haben gute Werke der Liedkunst, die das Denken wieder auf das Leben in seiner unendlichen Größe lenken, am besten getrostet und Ruhe gespendet.

Kriegsgewinner und Kriegsverletzter.

Ein bemerkenswerter Vorgang spielt sich vor einigen Tagen hier in einem Straßenbahnwagen ab. Mehrere männliche Fahrgäste unterhielten sich in lauter Weise über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Die Unterhaltenden kehrten nach ihrem Neukommen und ihrer Unterhaltung jenen Kreisen an, denen der Krieg bisher nur Gewinn, aber keine Sorgen gebracht hat. Sie schauten sich nicht, im Straßenbahnwagen laut über die Friedensbesprechungen zu schimpfen und mit ihnen durch den Krieg erzielten Gewinnen zu drücken. Einer dieser Kriegsverlierer gab seiner „vornehmen“ Gestaltung ganz offen dadurch Ausdruck, daß er sagte: „Wegen mir ist der Krieg noch zehn Jahre dauern, mit kann es egal sein, ich verdiente nur dadurch!“ Mehrere Kriegsverlierer, die in demselben Wagen fuhren, waren Zeugen dieser Unterhaltung. Sie waren über die rohe Beleidigung, die der Kriegsverlierer an den Tag legte, aufs tiefste empört. Einer der Kriegsbeschädigten erhob sich und gab dem Prokrabt eine schlagende Antwort in Gestalt einer schallenden Ohrliege. Ein lebhafte Bravo entklang aus dem Munde der übrigen Fahrgäste dem Soldaten entgegen und auf der nächsten Haltestelle machte sich der Kriegsgewinner tapfer aus dem Staute.

Die Sozialisten in der Eröffnungsfeier der Stadtverordneten.

In der Leipziger Volkszeitung spricht der bekannte Schreibbündnis aus einem Dresdner Vorort darüber, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten in der letzten Eröffnungsfeier die Amtsleute angelegt haben, und legt mit bestem Verdächtigungsschluß diesem harmlosen Vorgange alles mögliche unter. Dazu sei nur bemerkt, daß unsere Genossen die Amtsleute keineswegs angelegt hatten, weil sie dadurch gegen die Jurisdicition bei den Wahlen zum Vorstand des Kollegiums, zu den Ausschüssen und dem Stadtrat protestieren wollten. Nachdem diese Jurisdicition nicht mehr bestand, war auch der Grund zu dem Protest mit der Kette fortgeschafft. Lebhaftig haben unsere Dresden Genossen nur getan, was beispielweise die Berliner sozialdemokratischen Stadtverordneten schon längst gelöst haben und sicher jetzt auch die Unabhängigen im Berliner Rathaus tun werden, wahrscheinlich ohne daß sie sich dieselbe Gleichberechtigung errungen haben wie die Sozialdemokraten im Dresdner Stadtparlament.

Wenn jener Zeilenstreiter aber noch den Anschein zu erwecken sucht, als hätten die Sozialdemokraten mit in das Königreich am Schluß der Bürgermeister-Wahl eingestimmt, nun, da haben wir nur nötig, die Unwahrheit niedrig zu hängen.

„Ausschuhbrote“ und Radierungen auf Brotmarken.

Wegen gemeinschaftlicher Kriegsvergehen wurde vor der hiesigen Jugendstrafkammer verhandelt gegen die Gastwirtin Anna Theresia Böse, deren Tochter und Wirthschafterin Else Erler, den Preußischen Michael Wagner, dessen Ehefrau und das 18-jährige Schwindelchen Sch. Die B. betreibt auf hiesiger Chemnitzer Straße eine Gastwirtschaft. Bei ihr verkehrte der Prokurator H., der das Brot für die Schülert-Brotfabrik ausführte. Als letzter zum Hause eingezogen wurde, eine Zeitlang seine Ehefrau, die das 18-jährige Schulmädchen Sch. zur Hilfe hatte. Es ist festgestellt worden, daß H. öfter Brot ohne Marken an die B. und E. verkauft hat. Daselbe tat auch seine Ehefrau. Weiter hat die E. das Schulmädchen veranlaßt, ihr Brotmesser zu geben, die sie selbstverständlich erst dem H. oder dessen Ehefrau aus dem betreffenden Behältnis im Brotwagen stehlen mußte. Dazu war sie zum Teil entwertete Brotmarken genommen, von denen sie in Gegenwart der E. in der Gaststube des Bischen Restaurants die Blaustiftsche wegradierte.

Die E. hat dem Mädchen kleine Zuwendungen an Speisen und Getränken gemacht. Auch hat sie dem Mädchen ein goldenes Ketten mit Anhänger geschenkt. Auch H. und dessen Ehefrau haben manche Zuwendung aus den Händen der E. und Frau B. erhalten. Für die Marken hat sich Frau B. in einbüßigen Freiheiten Mehl holen lassen. Au dichter wurde schließlich sie aber ihr Dienstmädchen nicht in die Nähe der nächsten Umgebung, sondern die Einsätze mußten entfernt liegenden Ortschaften bewältigt werden. Zum ganz und ohne Marken etwa 150 Pfund Brot und 150 Pfund Mehl auf falsche Marken in die Gastwirtschaft ge-

